

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/169

5. September 1975

Im Interesse der arbeitenden Menschen

-----  
Plädoyer für das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung

Von Willy Brandt MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Dank an eine Sozialdemokratin

-----  
Martha Dillenauer zu ihrem 75. Geburtstag

Seite 3 / 30 Zeilen

Ein Platz unter Pionieren

-----  
Feststellungen zum Rang der Bonner Entwicklungspolitik

Von Erwin Stahl MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 und 5 / 86 Zeilen

Vorschlag: "Krafttakt" gegen Redeverbot!

-----  
Notwendige Anmerkungen zur umstrittenen Taxi-Verordnung

Von Jürgen Vahlberg MdB  
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 6 / 34 Zeilen

Kohl muß vor seiner eigenen Türe kehren

-----  
CDU-Landesregierung Rheinland-Pfalz hat sich völlig übernommen

Von Herbert Bermeitinger  
Sprecher des SPD-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz

Seite 7 und 8 / 55 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Postleitzahl: 5300 Bonn  
Telefon: 37 50 37 - 30  
Telefax: 37 50 348 - 40 pbbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Im Interesse der arbeitenden Menschen

Plädoyer für das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ich habe grosses Verständnis dafür, wenn in diesen Tagen viele Menschen in unserem Land die finanz- und wirtschaftspolitischen Beschlüsse mit kritischen Fragen und sorgenvollen Überlegungen begleiten. Manche dieser Sorgen werden sich als voreilig herausstellen, vor allem dann, wenn in den nächsten Tagen und Wochen der Bürger eine grössere Klarheit darüber hat, was die Beschlüsse der Bundesregierung konkret für ihn bedeuten.

Es geht nicht um den Abbau der tragenden Elemente unserer sozialen Sicherheit, sondern im Gegenteil um eine Festigung des sozialen Netzes. Es geht nicht um eine Abgabe an die jetzt erst recht notwendig weiterzuführende Reformpolitik, sondern darum, auch und gerade unter gewandelten Bedingungen die Voraussetzungen für die notwendige Modernisierung unserer Gesellschaft zu erhalten und wo notwendig zu schaffen.

Dabei akzeptieren wir Sozialdemokraten natürlich nicht die Vorstellung, als ob wir uns anonymen Mächten zu unterwerfen hätten, als ob magische Formeln dem Schicksal der Menschen übergeordnet wären. Wir sagen stattdessen: Moderne Wirtschaftspolitik hat von den Interessen der Menschen auszugehen und gerade angesichts ungünstiger Daten Antwort darauf zu geben, was geschehen kann, um allen Arbeitsfähigen Arbeit zu geben, gute Realeinkommen zu halten und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Die arbeitenden Menschen sind keine politische Verschiebmasse, sondern die Wirtschaftspolitik ist dazu da, auch unter ungünstigen Umständen alles nur Mögliche

zu tun, damit arbeitende Menschen, die arbeiten wollen, auch arbeiten können.

Auch Helmut Schmidt hat sich vor allem von dieser Überzeugung leiten lassen, als es darum ging, mit den jüngsten Regierungsbeschlüssen die auf die Bundesrepublik lastenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise tatkräftig zu bekämpfen.

Dabei sollten wir nicht vergessen, daß wir in der Bundesrepublik nicht auf einer Insel leben, wo die Wirtschaft florieren kann, während es in der Weltwirtschaft drunter und drüber geht. Derart illusionäre Vorstellungen passen ausschließlich in das propagandistische Konzept der CDU/CSU. In Wahrheit sind wir nicht weniger, sondern stärker als andere vom internationalen Wirtschaftsgeschehen abhängig.

Daher bleibt es eine bittere Tatsache, daß wir es in den nächsten Monaten weiterhin mit erheblichen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu tun haben werden. Auch wenn die Sachverständigen damit rechnen, daß es im nächsten Jahr zu einer internationalen Wirtschaftsaufholung kommt, kann dies nichts daran ändern, daß wir noch eine gewisse Durststrecke vor uns haben.

Herr Strauß prahlt jetzt mit seiner berüchtigten Rede, die er Anfang des Jahres in Sonthofen gehalten hat. Ich sage dazu: Da sind Kräfte am Werk, die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gar nicht überwinden wollen, sondern sie nach Möglichkeit noch vertiefen möchten.

Dagegen müssen wir uns mit aller Kraft wenden. Mit den Existenzfragen des Volkes darf man nicht Schindluder treiben. Alle Erfahrung, die unser Volk gemacht hat, spricht dafür, daß wir uns enger zusammenschließen gegen Demagogie und Volkerverdummung, und daß wir die Grundlagen dessen, was in harter Arbeit aufgebaut wurde, nicht erschüttern lassen. Dies alles gilt es zu bedenken, wenn wir uns über die finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen ein sachliches Urteil bilden. (-/5.9.1975/ks/ee/pr)

+ + +

Dank an eine Sozialdemokratin

Martha Ollenhauer zu ihrem 75. Geburtstag

Am 7. September wird Martha Ollenhauer, 13 Jahre lang First Lady der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 75 Jahre. Die gebürtige Magdeburgerin gehört seit 1918 der SPD an, nachdem sie drei Jahre zuvor, als 15jährige, Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend geworden war. Diese Daten haben das Leben der Arbeitstochter bis heute bestimmt. Die alte Dame, die in Bad Godesberg wohnt, nimmt an dem politischen Geschehen in Deutschland und in der Welt und insbesondere auch am Wirken und Kämpfen ihrer Partei genau so interessiert und innerlich beteiligt teil, wie sie das von ihrer Jugend an und vor allem als Frau Erich Ollenhauers getan hat.

Die vielen Jahrzehnte an der Seite des einstigen Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterjugend und späteren Vorsitzenden der SPD hat Martha Ollenhauer stets politisch miterlebt. Sie hat ihren Mann aktiv unterstützt und ihm in guten und in bösen Tagen geholfen, die schwere Last zu tragen, die ihm seine Ämter und seine Arbeit auferlegt hatten. Die schwerste Zeit ertrug die Familie Ollenhauer in den 13 Jahren der vom NS-Staat erzwungenen Emigration: in Prag, in Paris, in Lissabon und in London. Diese Jahre bitterster seelischer Bedrückung hat Martha Ollenhauer auch für ihren Mann und ihre beiden Söhne ungebrochen überstanden. Und als die Ollenhauers 1946 endlich wieder nach Deutschland zurückkehren konnten, ging auch für Martha Ollenhauer von der ersten Stunde der harte politische Stress weiter. Erich Ollenhauer wurde an der Seite Dr. Kurt Schumachers stellv. Vorsitzender und löste ihn nach dessen Tode im Jahre 1952 ab, bis er am 14. Dezember 1963 selbst, wie dieser, in den Sielen starb.

Martha Ollenhauer, die ihren Mann in allen Jahren fast immer begleitete und ihn vor allem in den nerven- und kräftezehrenden Wahlkämpfen stets zur Seite stand, darf an ihrem Ehrentag, den sie in voller Frische begeht, des Dankes der alten und auch der jungen Mitglieder der SPD sicher sein. Sie ist für ihre Genossinnen und Genossen ein Vorbild des Lebensmutes, der Aktivität und des Durchsetzungsvermögens einer Frau, für die Politik immer auch miterleben, miterleiden und mitzufreuen gewesen ist.

Erhardt Eckert  
(-/5.9.1975/ks/ee/pr)

+ + +

## Ein Platz unter Pionieren

---

Feststellungen zum Rang der Bonner Entwicklungspolitik

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit  
in der SPD-Bundestagsfraktion

Die Entwicklung der künftigen Beziehungen der Industriestaaten zu den Entwicklungsländern spielt zur Zeit wieder einmal eine wichtige Rolle in der internationalen und deutschen Politik: In New York berieten die Mitglieder der Vereinten Nationen auf der 7. Sondergeneralversammlung die Probleme von Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungshilfe, in Washington wurden Möglichkeiten zur Erleichterung der finanziellen Schwierigkeiten in der Dritten Welt im Rahmen des Internationalen Währungsfonds erörtert. In der Bundesrepublik selbst werden bei Fragen der Entwicklungszusammenarbeit ebenfalls Zeichen gesetzt: Die CDU unternimmt mit ihrem entwicklungspolitischen Kongreß den Versuch, ihre Lücke zwischen der Theorie ihrer Leitlinien und der Praxis ihrer Oppositionspolitik zu schließen. Die Bundesregierung schreibt turnusgemäß auf der Basis ihrer 25 Thesen vom Juni dieses Jahres die entwicklungspolitische Konzeption fort, um sie im Herbst der Öffentlichkeit vorzulegen.

Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung 1976 schlägt sich jedoch die Diskrepanz zwischen Wollen und Können augenfällig nieder: Der erste Schreck über die Verminderung des Einzelplans 23 gegenüber dem Vorjahr einschließlich Nachtrag 75 um 14,9 vH wird bei näherer Betrachtung jedoch stark gemindert, da die Reduktion unter Berücksichtigung der neu eingeführten Finanzierung der Kredite für die IDA, einer Organisation der Weltbank, durch Schuldacheine in Höhe von rund 488 Millionen DM de facto wesentlich niedriger ausfällt. Es bleibt also die Tatsache, daß der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im nächsten Jahr nicht überproportional, wie eigentlich erwünscht, steigt. Immerhin beträgt die Steigerungsrate im Haushaltsvergleich 75 zu 76,7 vH ohne Nachtrag und liegt damit über dem Durchschnitt des Gesamthaushaltes.

Dies ist zwar im Sinne des Sparprogramms der Bundesregierung noch ein diskutabler Ansatz, aber doch nicht sehr weise, weil der größere Teil des Einzelplanes 23 ohnehin nur den buchungemäßigen Abfluß von Mitteln widerspiegelt, die Jahre vorher durch vertraglich eingegangene Verpflichtungen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Da der Eindruck entstehen kann, die Bundesregierung betreibe Entwicklungszusammenarbeit nur kurzfristig und bei schönem "Wirtschafts-Wetter", wäre es mindestens notwendig, die Verpflichtungsermächtigungen für das BMZ großzügiger als den Baransatz im Haushalt zu bedenken, weil ihre fiskalische Wirkung in der Regel erst nach einigen Jahren eintritt.

Angeichts der Tatsache, daß der momentane wirtschaftliche Zustand sich wieder bessern wird und die Probleme der Dritten Welt nicht kleiner werden, wäre dies ein Weg der Vernunft.

Neben den Haushaltsfragen sind jedoch die Anstrengungen und Fortschritte, die die Bundesregierung auf anderen Gebieten der Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern führend eingeleitet und gemacht hat,

langfristig für die Entwicklungsländer viel notwendiger und effektiver.

Die Bundesregierung hat sich bei der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds für eine langgestellte Forderung der Dritten Welt eingesetzt, nämlich: die Möglichkeit, Sonderziehungsrechte nicht nur zur kurzfristigen Überbrückung von Zahlungsbilanz-Defiziten einzusetzen, sondern auch längerfristige Entwicklungsprojekte mit ihnen zu finanzieren. Ferner soll ein Sechstel des IWF-Goldes verkauft und der Erlös - etwa 10 Millionen DM - den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden.

In der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, die zur Zeit tagt, hat die Bundesregierung Vorschläge gemacht, die zur Entkrampfung der jetzigen Polarisierung beitragen, die auch bei den Vertretern der Dritten Welt Anklang finden. Erste Reaktionen zeigen es:

- Verbesserung des Weltwährungssystems auf der Basis von Sonderziehungsrechten statt Gold.
- Stabilisierung der Rohstoffpreise, indem ein Teil der IWF-Goldreserven verkauft wird.
- Weitere Öffnung der Märkte in den Industriestaaten, besonders für verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.
- Konzentration der Entwicklungs-Zusammenarbeit auf die am wenigsten entwickelten und von den weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten am härtesten betroffenen Länder sowie auf die Steigerung der Nahrungsmittel-Produktion und Förderung der ländlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern.

Damit sind nun Vorstellungen auf internationaler Ebene vorgetragen worden, die schon in den 25 Thesen der Kabinettklausurtagung niedergelegt waren und von der SPD-Bundestagsfraktion sehr positiv aufgenommen wurden. In diesem Bereich der Politik hat sich die Bundesrepublik, wie auch bei der entwicklungspolitischen Konzeption und der Dekaden-Strategie der Vereinten Nationen, in die Reihe derer gestellt, die ein notwendiges Überdenken der bisherigen Formeln der Entwicklungs-Zusammenarbeit mit der Dritten Welt ernstlich befürworten und fördern.

Die CDU bedient sich bei ihrem entwicklungspolitischen Kongreß, der dieser Tage in Bonn stattfand, einer Grundlage, die der SPD-Bundestagsfraktion und der Öffentlichkeit bei näherer Sicht nicht unbekannt ist. Entscheidend ist dabei nicht die zum Teil nachweisbar starke Anlehnung der "neuen Leitlinien" der CDU an die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung; diese Tatsache unterstreicht im Gegenteil die langjährige Richtigkeit der Position der SPD über Eppler und Minister Behr.

Es bleibt nach der CDU-Konferenz zur Entwicklungspolitik die Frage, ob die Union praktikable neue Lösungsmöglichkeiten für die vorhandenen Probleme anbietet wird, oder ob einige ihrer Vertreter sich weiterhin auch in diesen Sachfragen auf die von der CDU/CSU in anderen politischen Bereichen praktizierte Haltung der unersprißlichen Besserwisseri zurückziehen.

(-/5.9.1975/Se/ee/pr)

Vorschlag: "Krafttakt" gegen Redeverbot!

Notwendige Anmerkungen zur umstrittenen Taxi-Verordnung

Von Jürgen Vahlberg MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Taxis bekommen stärker als bisher den Charakter von öffentlichen Verkehrsmitteln. Das ist das Ergebnis der am 1. September 1975 in Kraft gesetzten 80-Kraft (Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr). Damit wird eine Reihe begrüßenswerter Bestimmungen eingeführt, die den Anforderungen an das Taxi-Gewerbe Rechnung tragen.

Wenn die Verordnung dennoch von den Massenmedien mit beißender Ironie begrüßt wurde, so liegt das - neben einigen Mißverständnissen - an zwei gravierenden "Schönheitsfehlern": Einmal am Verbot, "sich beim Lenken des Fahrzeuges zu unterhalten", und zum anderen an dem Verbot "Radio zu hören".

Schon in der alten 80-Kraft aus dem Jahre 1960 hatte es ein "Unterhaltungsverbot" gegeben. Doch weder Taxifahrer noch Taxikunden haben sich je daran gehalten. Unterstellt man, daß der Grund für das neue "Redeverbot" in einer möglichen Verkehrsgefährdung durch Gespräche während der Fahrt zu suchen ist, so muß die Frage erlaubt sein, warum dann nicht auch der unter Umständen weit weniger routinierte Fahrer eines Privat-PKW mit einem Unterhaltungsverbot belegt wird. Was für den Busbetrieb sinnvoll ist, muß bei Taxis noch lange nicht überzeugen. Schließlich gehört es zum selbstverständlichen Taxi-Service, einem Fahrgast, der fremd in einer Stadt ist, Auskünfte über Sehenswürdigkeiten, Restaurants usw. zu geben. Das "Redeverbot" wird hier zum "Unfreundlichkeitsgebot". Taxikunden müssen den Eindruck bekommen, in einem "Leichenwagen" (so ein Münchner Taxifahrer) transportiert zu werden. Immerhin: Farblich wird diesem Fahrgefühl entgegengewirkt. Das schwarze Taxi ist in Zukunft passé.

Ebenso unverständlich ist das neue "Radioverbot". Die Verkehrsdurchsagen der Service-Sender sind für den Fahrbetrieb wichtig. Auch der Kunde profitiert, wenn sein Fahrer über Stauungen, Straßensperrungen und die neuesten Verkehrsregelungen informiert ist.

Es fällt schwer, angesichts des Rede- und Radioverbots ernst zu bleiben. Zu viele Anwendungsmöglichkeiten dieser Verbote in anderen Bereichen fallen einem ein. Z.B. ein Redeverbot für Barbierere. Wie leicht kann es doch passieren, daß ein Friseur vom eigenen Wortschwall berauscht, dem Kunden beim Rasieren die Kehle durchschneidet.

Bleibt zu hoffen, daß die beiden "Schönheitsfehler" der 80-Kraft mit einem Krafttakt korrigiert werden.  
(-/5.9.1975/se/ee/pr)

+ + +

Kohl muß vor seiner eigenen Tür kehren

CDU-Landesregierung Rheinland-Pfalz hat sich völlig übernommen

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher des SPD-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz

In einer zweiseitigen Klausurtagung hat sich die Sozialdemokratische Fraktion des rheinland-pfälzischen Landtags mit der Situation in jenem Land beschäftigt, das der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl regiert. Obwohl die Landesregierung dem Parlament die Karten nicht auf den Tisch legte und absah über das Loch im Landeshaushalt, früher von Kohls Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum immer wieder bestritten, dem Haushaltsausschuß nur spärliche Auskünfte gegeben wurden, ist überdeutlich, daß Kohls Kabinett sich übernommen hat! Selbst nach den bereits vorgenommenen Korrekturen und Kreditaufnahmen dürften im laufenden Haushalt 1975 mindestens 300 bis 350 Millionen DM nicht zu decken sein, und die Verschuldung stieg von Ende 1973 bis jetzt von 2,7 auf 4,3 Milliarden DM. Kohl wird im Frühjahr voraussichtlich sogar die Zinsen für Landeszuschüsse an die Gemeinden durch Kredite finanzieren müssen.

Fraktionsvorsitzender Wilhelm Dröcher und SPD-Haushaltssprecher König, beide erfahrene frühere Bürgermeister, warfen Kohl vor, durch "Schimpfen auf Bonn" sich samt seiner Regierung aus der landespolitischen Verantwortung schleichen zu wollen. König, bis vor kurzem Bürgermeister und Stadtkämmerer von Trier, erklärte an die Adresse der Mainzer Kohl-Regierung: "Kohl und seine Regierung sind für die Landesfinanzen und ihre Konsolidierung genau so verantwortlich wie jeder Bürgermeister, denn auch diese können durch Schimpfen auf die Landesregierung ihre Verantwortung für den Etat nicht loswerden."

Der Mainzer Oppositionsführer Dröcher warnte Kohl davor, die Sparbeschlüsse der Bundesregierung länger als "Offenbarungseid in Raten" herunterzumachen. Er hat guten Grund, Kohl in die Schranken zu weisen, denn tatsächlich hat der Mainzer Regierungschef mit seinem Kabinett eine Art landespolitischen Offenbarungseids schon in der Regierungserklärung geleistet: mit



der dem Biedenkopf-Strategiepapier "entliehenen" und in die Mainzer Regierungserklärung eingebauten Ausgabenprogramm in Richtung auf neue Sozialaufgaben, die von der Partnerrente bis zum Erziehungsgeld reichen. Dröschner: "Wer noch im Mai 1975 mit neuen milliardenschweren Versprechungen operierte, ist nicht vertrauenswürdig."

Kohl kann die landes- und parteipolitische Pleite nicht länger bestreiten, nachdem CDU-Sprecher Weißkirch angesichts der heftigen Kritik (von Altbundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard bis Franz Josef Strauß) an den Kohl-Utopien angekündigt haben, die "Mannheimer-Erklärung" der CDU werde nochmals überarbeitet. Denn die nicht finanzierbaren Forderungen aus Kohls Regierungserklärung in Mainz sind bekanntlich viereinhalb Wochen später auch in die Mannheimer Parteitageentscheidung eingegangen.

Die SPD in Mainz hat Kohl und seiner Regierung auch ins Stammbuch geschrieben, daß der erste drastische Abbau von sozialen Leistungen hinter dem Rücken von Parlament und Öffentlichkeit in Rheinland-Pfalz begonnen hat: Die drastische Einschränkung der vielgerühmten hundertprozentigen Fahrtkostenfreiheit der Schüler wurde erst nach den Landtagswahlen verfügt, und zwar ohne jede soziale Komponente, obschon gerade die freie Fahrt von Kohl und seinen Ministern bis zum Wahltag am 9. März 1975 als ein entscheidender Beitrag zur Chancengleichheit gefeiert worden war.

Fazit: Zu Selbstgerechtigkeit auf der Bonner Bühne hat Dr. Kohl keinen Anlaß, wenn man sieht, wie schlecht er sein eigenes Haus bestellt hat. Das hat die SPD in Rheinland-Pfalz deutlich gemacht. Aber die SPD hat nicht nur nein gesagt in Mainz, und nicht nur kritisiert, sondern ihre uneigennützige Hilfe bei der Durchführung des Haushalts zugesagt, falls die Regierung Kohl endlich sagt, wohin die Reise geht. Die Mainzer Sozialdemokraten wollen sogar eine Neuordnung der Fahrtkostenfreiheit mittragen, wenn Kohl bereit ist, auch soziale Gesichtspunkte gelten zu lassen.

(-/5.9.1975/ka/ee/pr)

+ + +  
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller